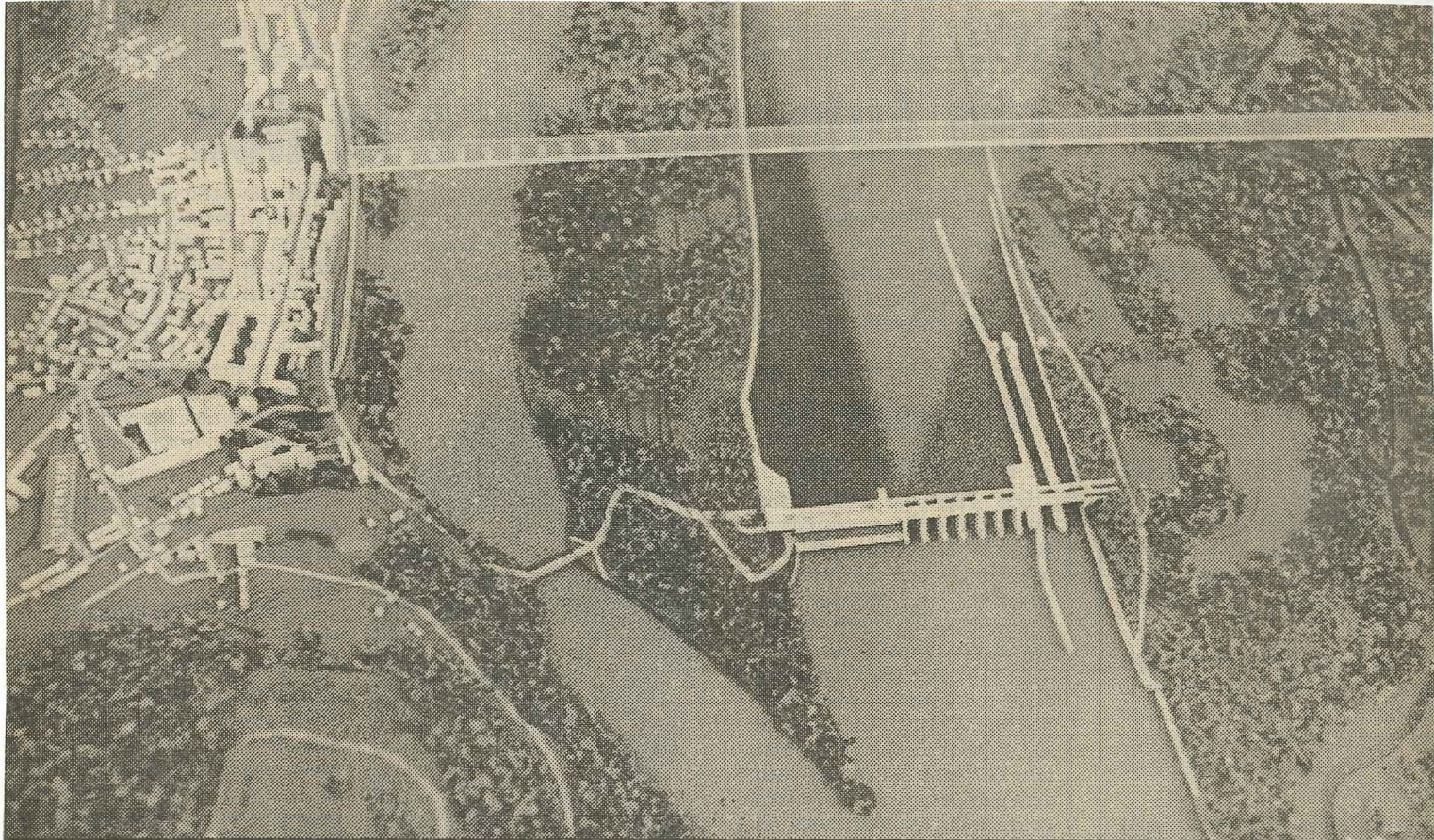




So soll die Landschaft zerstört werden: Wo auf diesem Modell das Kraftwerk steht, befindet sich jetzt die Stopfenreuther Au

Foto: Fritz Schaller

Die Landesregierung lehnt Erklärung Hainburgs zum „bevorzugten Wasserbau“ ab

Niederösterreich legt sich quer

Die niederösterreichische Landesregierung lehnt die Erklärung des Projekts Hainburg zum „bevorzugten Wasserbau“ ab – und hat triftige Gründe dafür. Landwirtschaftsminister Haiden aber möchte all diese Einwände kurzerhand vom Tisch fegen, denn er hat für nächste Woche eine Entscheidung für das umstrittene Projekt angekündigt.

Die niederösterreichische Landesregierung klagt über unzureichende und zum Teil unüberprüfbare Unterlagen über Hainburg. Und kommt daher zu folgenden gewichtigen Argumenten gegen den „bevorzugten Wasserbau“. Argumente, die den Landwirtschaftsminister offenbar nicht interessieren:

- Die auf Grund einer Verordnung des Landwirtschaftsministeriums (I) verlangte Güteklasse II der Donau in Stauräumen wird hier nicht überall erreicht, keinesfalls aber bei der Schwechat, die in den Strom mündet. Untersuchungen im Auftrag der „Krone“ haben, wie berichtet, sogar ergeben, daß das Wasser bisweilen in die Güteklasse IV umkippt, also eine Kloake ist.



- Die Sicherung der Grundwasserhältnisse im Marchfeld sind eine Vorbedingung für einen Kraftwerksbau. Eine Beeinflussung der großräumigen Grundwassersituation ist aber zweifellos gegeben.

VON ERICH VORRATH

Von besonderer Bedeutung ist die Unterwassereintiefung, eine Spätfolge der einstigen Donauregulierung. Dort strömt das Grundwasser vom Marchfeld in die Donau ein. Die Donaukraftwerke haben in dieser Richtung jedoch keine Unterlagen geliefert.

- Im Hinterland des geplanten Kraftwerkes am rechten Donauufer ist eine große Anzahl von Trink-

wasseranlagen bewilligt. Sollte durch einen Kraftwerksbau etwas schiefehen, so gibt es nicht einmal eine Ersatzversorgung für die Menschen. Außerdem fehlt eine Untersuchung der Grundwasserströme im Zusammenhang mit den Kläranlagen. Keiner weiß, ob nicht durch Bautätigkeit Gift ins Trinkwasser sickern würde.

- Die Heilquellen in Bad Deutsch-Altenburg müssen erhalten werden. Darüber sind sich alle einig. Nur bemängelt die niederösterreichische Landesregierung zu Recht, daß genaue wissenschaftliche Untersuchungen der Umgebung bisher nicht gemacht wurden, Untersuchungen über den Untergrundaufbau des Gebietes, isotopische Gutachten. Eine Stellungnahme zu diesem Problem sei daher, so die Landesregierung, nicht möglich.

- Und zum Naturschutz könne von seiten der niederösterreichischen Landesregierung derzeit überhaupt keine Aussage erfolgen. Die naturschutzbehördlichen Verfahren sind nämlich noch im Laufen. Aber: Selbst wenn diese Verfahren am En-

de des Amtsweges angelangt sind, will die Landesregierung noch keine Entscheidung treffen. Die Landespolitiker werden erst eine Stellungnahme abgeben, wenn eine wasserrechtliche Bewilligung für das Kraftwerksprojekt erteilt wurde und damit alle Auflagen und Maßnahmen in Sachen Naturschutz konkret formuliert sind. Die Bundesregierung hingegen – Bundeskanzler Sinowatz, Handelsminister Steger und Landwirtschaftsminister Haiden – will den Schwarzen Peter dem Land Niederösterreich zuspielen: Sie verlangt vor einer Genehmigung des Projekts Naturschutzgutachten vom Land.

Will Landwirtschaftsminister Haiden Hainburg nun, wie beabsichtigt, zum „bevorzugten Wasserbau“ erklären, muß er sich über alle berechtigten Einwände der Niederösterreicher hinwegsetzen und außerdem ein besonderes volkswirtschaftliches Interesse an diesem Projekt beweisen können. Zur Erinnerung: Sogar die Energiewirtschaft hat versichert, sie brauche Hainburg eigentlich nicht . . .